

1. MAI 2017: REDE IN BURGDORF

Daniel Lampart/SGB

Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter. Dank starken Gewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Warum wird eine Angestellte oder ein Arbeiter Gewerkschaftsmitglied? Die Antwort ist klar: Sie werden Mitglied, weil der gemeinsame, solidarische Einsatz für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen wirksamer ist, als wenn jede und jeder für sich alleine Verbesserungen herauszuholen versucht. Die Realität gibt ihnen Recht. Überall, wo es starke Gewerkschaften und gute Gesamtarbeitsverträge gibt, sind die Arbeitsbedingungen besser. Und es gibt weniger Lohnungleichheit – sowohl zwischen den oberen und den unteren Löhnen als auch zwischen Frauen und Männern.

In den letzten Jahren haben wir Gewerkschaften Lohnerhöhungen herausgeholt. Trotz den Absichten gewisser Arbeitgeber, wegen der Frankenüberbewertung die Löhne zu senken. Und wir haben in der Politik wichtige Siege errungen.

An einer Versammlung sagte mir ein Mitglied einer befreundeten Organisation vor kurzem: „Ihr vom SGB gewinnt inzwischen alle Abstimmungen. Er hat recht – fast jedenfalls. Die Initiative AHV-Plus wurde zwar in fünf Kantonen angenommen. Doch es reichte nicht für ein gesamtschweizerisches Ja. Der grosse Einsatz für die Initiative hat sich dennoch gelohnt. Denn zum ersten Mal seit mehr als 40 Jahren ist wieder eine ausserordentliche AHV-Erhöhung auf dem Tisch. Doch dazu nachher mehr.

Am 18. Oktober 2015 – am Abend der Nationalratswahlen – frohlockte Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt, dass die Arbeitgeber mit dem rechten Parlament nun ihre Politik durchziehen können. Doch anstelle des angekündigten Schulterschluss folgte Panne auf Panne. Bereits bei der so genannten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative setzte sich der Gewerkschaftsvorschlag durch. Die Schweiz führt eine Stellenmeldepflicht ein. Viele Firmen müssen ab dem nächsten Jahr ihre offenen Stellen obligatorisch den RAV melden. Damit die Arbeitslosen in der Schweiz bessere Chancen haben, eine Stelle zu finden.

Die Arbeitgeber- und grosskonzernfreundliche Politik funktionierte im Parlament einzig bei der Unternehmenssteuerreform III. Doch diese Steuersenkung für Grosskonzerne haben wir in der Volksabstimmung versenkt. Ueli Maurer, nota bene weltweit wohl der einzige Finanzminister, der die internationale Steuerflucht – zum Beispiel nach Panama – befürwortet, hat sein Prestigeprojekt verloren. Bei der Neuauflage der USR III ist klar: Zahlen müssen die Firmen und ihre Aktionäre. Flächendeckende, generelle Gewinnsteuersenkungen für Firmen, die heute ganz normal Steuern zahlen, liegen nicht drin. Die Kantone müssen etwas für die Haushalte mit tiefen und

mittleren Einkommen tun. Denn obwohl die Krankenkassenprämien gestiegen sind, haben sie die Prämienverbilligungen heruntergefahren. Die Krankenkassenprämien belasten die Berufstätigen und Rentner immer stärker. Es braucht mehr Prämienverbilligungen.

Eine sehr bedeutende Verbesserung gelang schliesslich bei der Altersvorsorge 2020. Erstmals seit über 40 Jahren gibt es wieder eine ausserordentliche AHV-Erhöhung – um 840 Franken für alleinstehenden Neurentnerinnen und Neurentner bis zu 2712 Franken für Ehepaare. Negativ ist die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre. Doch gleichzeitig gibt es neben der AHV-Erhöhung weitere Rentenverbesserungen, die vor allem den Frauen nützen. Wer Teilzeit arbeitet, erhält beispielsweise künftig mehr Rente in der Pensionskasse. Wer ab 58 Jahren die Stelle verliert, kann in der Pensionskasse der Firma bleiben und später eine Rente beziehen. Darum sagen wir Ja zur Altersvorsorge 2020.

Der Arbeitnehmerschutz hat leider nach wie vor viele Feinde. Viele von ihnen sind öffentlich bekannt. Andere agieren aus dem Verborgenen. Bekannt sind die Ständeräte Karin Keller-Sutter und Konrad Graber. Sie wollen für viele Angestellte nicht nur die Arbeitszeiterfassung abschaffen. Sondern sie wollen auch aus dem Sonntag einen Arbeitstag machen. Für die Betroffenen heisst das: Gratisarbeit, mehr Stress und weniger Zeit für Familie und Kinder. Diesen Angriff werden wir bekämpfen. Kaum bekannt sind hingegen die politischen Giftpfeile der Professoren aus der Wettbewerbskommission. Sie sitzen auf fast unkündbaren Staatsstellen, wollen es den aber Kantonen verbieten, Minimalanforderungen aus Gesamtarbeitsverträgen durchzusetzen oder dubiose Subunternehmerketten auszuschliessen. Aus der Weko kam früher sogar der Vorschlag, dass bei öffentlichen Aufträgen polnische Firmen zu polnischen Löhnen offerieren können dürfen. Aus der warmen Studierstube lässt sich gut theoretisieren. Doch wer die harte Realität kennt, weiss dass der Schutz verbessert werden muss. Quasi-Kriminelle Firmen haben bei uns nichts zu suchen. Wer keine Schweizer Löhne zahlt, soll auch keine Aufträge erhalten.

Mittlerweile fast schon ein Tabuthema ist das Problem des überbewerteten Frankens. Dabei ist die Lage bedenklich. Das Bruttoinlandprodukt pro Einwohnerin und Einwohner hat seit 8 Jahren stagniert. Der Druck auf die Löhne und die Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft ist nach wie vor da. Und die Firmen investieren nur zurückhaltend – in die Arbeitsplätze von morgen. Das Ziel der Nationalbank ist leider unklar. Dabei kann nur sie das Problem lösen. Kolleginnen und Kollegen, wo gibt es ein Land, das zulässt, dass die eigene Währung Arbeitsplätze vernichtet, dass die eigene Währung Investitionen in die Zukunft behindert? Der Franken ist unsere Währung. Sie muss uns nützen, nicht schaden. Für die Löhne und Arbeitsplätze wir brauchen einen fairen Frankenkurs.

Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir Gewerkschaften kämpfen, haben wir Erfolge. Diese Erfolge sind nicht nur für die Berufstätigen wichtig. Sondern für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Darum können wir mittlerweile sogar den früher sehr arbeitgeberfreundlichen internationalen Währungsfonds zum erweiterten Sympathisantenkreis zählen. Der IWF kommt – etwas spät zwar - zum Schluss, dass überall, wo es repräsentative Gewerkschaften gibt, die Einkommensentwicklung gerechter ist. Wo die Gewerkschaften hingegen von den Regierungen bekämpft wurden, kamen die tieferen und mittleren Löhne unter Druck.

So ist es leider nicht überraschend, dass ausgerechnet in den USA und im Vereinigten Königreich mit der Wahl von Trump und dem so genannten Brexit gravierende nationalistische Entscheidungen gefällt wurden. In beiden Ländern haben die neoliberalen Regierungen Reagan und Thatcher die Gewerkschaften angegriffen und geschwächt. In England haben die Gewerkschaft-

ten dann bei der Personenfreizügigkeit eine eigenartige Rolle gespielt. Sie haben nicht für Flankierende Massnahmen gekämpft. Sie haben sogar gewisse gewerkschaftliche Vorschläge zum Lohnschutz auf EU-Ebene abgelehnt. Dieses Versagen hat dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet und damit auch dazu beigetragen, den Weg zum Brexit zu ebnen. In der Schweiz haben wir hingegen gegen erheblichen Widerstand die Flankierenden Massnahmen durchgesetzt. Dank diesen Flankierenden Massnahmen werden heute pro Jahr viele Zehntausend Firmen kontrolliert. Dank den FlaM werden Lohndrücker gebüsst. Und dank den FlaM wurden viele Tausend Firmen gezwungen, ihre Dumpinglöhne zu erhöhen.

Die Schweiz ist traditionell keine Gewerkschaftshochburg. Doch unsere Erfolge zeigen, dass mit einer guten Organisation, klaren Prioritäten und konsequentem Engagement grosse Wirkung erzielen können. Ohne Gewerkschaften sähe die heutige Schweiz anders aus. Unsozialer. Unsere früheren Kolleginnen und Kollegen haben grosse Verdienste. Vor rund 100 Jahren haben sie mit grossem Einsatz, teilweise unter Lebensgefahr in vielen Streiks die Arbeitnehmerrechte substantiell verbessert und die ersten Gesamtarbeitsverträge zustande gebracht. Sie haben die AHV erkämpft.

Heute sind die AHV, die Gesamtarbeitsverträge und der Arbeitnehmerschutz etabliert. Es ist unsere Aufgabe, diese Errungenschaften weiter zu entwickeln. Dank unseren GAV- und den Mindestlohnkampagnen gehört die Schweiz zu den wenigen Ländern, in denen die GAV-Abdeckung gestiegen ist. Doch es braucht mehr GAV. Die grosse Lücke im Detailhandel muss rasch geschlossen werden. In der Altersvorsorge geht es um die erste grosse AHV-Rentenerhöhung seit langem. Wir müssen die Volksabstimmung zur Altersvorsorge 2020 am 24. September gewinnen. Überfällig sind auch scharfe Massnahmen gegen die Lohndiskriminierung der Frauen. Was der Bundesrat bisher vorgeschlagen hat, wird das Problem nicht lösen. Es braucht wirksame Kontrollen und Sanktionen.

Die Gewerkschaften haben die Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Schweiz wesentlich geprägt. Und wir werden sie weiter prägen. Für eine Zukunft für alle. Dank starken Gewerkschaften.

Ich wünsche euch einen schönen 1. Mai!